Nr. 268 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 31. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile 32 mm breit M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile 81 mm breit M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 50 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13097 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060
Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Der Kampf der Rosen

Von unserm B.-Korrespondenten

Budapest, 27. Oktober

Einige Tage trennen Ungarn noch von der auf befohlenen Begütigung des Friedens von Trianon, und schon brechen die Gegensätze in der Königsfrage ungestüm hervor. Zweifellos ist wohl, daß Ungarns Staatsform, wie seit 900 Jahren, wieder das Königtum sein wird, da Ungarn die Festigung seiner Verhältnisse nur von der Wiederherstellung des Königtums erhofft; an die Erhaltung der republikanischen Staatsform denkt niemand ernstlich. Nicht zweifelhaft ist aber auch, daß man sich in einem Lande, in dem selbst die Abgeordnetenwahlen stets mit einem kleinen Bürgerkrieg einhergehen, erst nach langen politischen Kämpfen über den künftigen Träger der Krone einigen wird. Für das Treffen bereit zu sein, werden indessen Vorsorgen getroffen, Parteien gebildet, Konventikel gehalten, Bulletins werden ausgegeben. Die aber sind ausnahmslos so widerspruchsvoll und wirr, daß man sie, ob sie nun von Freund oder Feind stammen — und wer ist Freund, wer Feind? —, mit tiefstem Mißtrauen liest. Doch auch unlenkbar und so erregt sind diese Lager geworden, daß die Nationalversammlung mit Parteibeschluß Einsprüche gegen das Königtum zunächst zurückstellen mußte, während die Zensur der Presse untersagt, für oder gegen eine bestimmte Lösung Stellung zu nehmen.

Was dieses Problem überaus heikel macht, ist die offene Spaltung der Nationalversammlung in dieser Frage und auch die des Militärs. Außerdem aber schwebt zwischen der am ernstesten zu nehmenden Legitimistenpartei und Karl IV. noch der ganz besondere Zwiespalt, daß sie dem König fortan für sich allein zu haben wünsche, genügsam mit diesem Land und einer Krone, während der Exmonarch erst jüngst verlautet ließ, daß er auf angestammte Rechte auf keinen Fall verzichte, auch nicht auf den Kaiserthron von Oesterreich. Das wandelte seinen Anhang in eine Art häusliche Opposition, sozusagen in Sr. Majestät allergetreueste Opposition, und stärkte die Otto-Gruppe des achtjährigen Erkronprinzen, die schon deshalb das formbarere Kinderkönigtum mit einer ihnen starken Regentschaft will. Viele Sympathien scheinen Erzherzog Joseph zu gehören, andre sprechen Erzherzog Albrecht, den Sohn Erzherzog Friedrichs, als Prätendenten an, noch andre, wissend um die Gefühle der großen und der kleinen Entente, lehnen die Habsburger vorweg ab und wünschen ein rein ungarisches (in bezug auf seine Anwärter auch völlig in Dunkel gehülltes) Königtum. Zu diesen Parteien gehören Aristokraten an und Offiziere. Alle sind gegen die Wiederherstellung der alten Monarchie, alle entschlossen, nur ihrem Kandidaten die Stefanskrone mit den vierhundertundzweiundvierzig Edelsteinen zuzuführen, die Bela Kun gegen italienische Manufakturwaren einzutauschen einmal entschlossen war. In der Königsburg schnitten damals Kommunisten aus Gobelins und Teppichen die Nationalemblème. Um das Kleinod eines edlen runden Tisches saßen sie und vertrieben sich die Zeit, indem sie verschlungene Herzen, Daten, Namen mit Taschenmessern hart und in kostbare antike Stühle einschnitten. Zum 1. Mai wollten die Bolschewisten die ganze 304 Meter lange Burg knallrot bemalen. Aber es war unmöglich, so viele Tonnen Rot in der Blockade zu beschaffen.

Nach dem Friedensschluß trat die in Siebenbürgen entsitzte ungarische Aristokratie für eine Personal-Union mit Rumänien ein, ja man träumte, die Krönung König Ferdinands in Karlsburg wäre schon mit Rücksicht auf das künftige Verhältnis zu Ungarn unterblieben. Man hoffte, so wenigstens den Schein des Verlorenen zu retten. Die sogenannten Legitimisten aber und die Anhänger der freien Königswahl bezogen Lager, sehr ähnlich jenen der weißen und der roten Rose, während die ungeeinte Nationalversammlung noch immer meint, daß sie die Entscheidung allein zu treffen haben werde, und andre wieder wünschen, daß das Volk zur Abstimmung herangezogen werde. Putsche flammten auf, wurden unterdrückt, glimmen unter Vorläufigkeiten und Einstweiligkeiten in geheimen Losungsworten weiter. Die Regierung wieder, nicht genug beschäftigt mit den eigenen Parteien, ist bemüht, dem legitimistischen Prinzip auch in den einst verbündeten Zentralstaaten zum Sieg zu helfen. Schon im vergangenen Winter und zur Zeit des Kapp-Putsches waren die Fäden zu sehen, die aus Berlin und Wien und München in Budapest zusammenliefen. Sie ließen den engen Zusammenhang aller monarchistischen Restaurationsbestrebungen erkennen. Es ist weniger Gefühls- und mehr Verstandespolitik, eine Selbsterhaltungspolitik, die zunächst vom Königtum erhofft, daß es den alten Vollbestand des Landes zurückerwerben kann. Wie lebendig dieser Glaube ist, zeigt deutlich, daß in den Schulen auf Weisung der Regierung auch weiter die Geographie gelehrt wird vom alten Ungarn, von 64 und nicht von 14 Komitaten und von seinen alten Grenzen.

Die Slowakenbewegung

☐ Wien, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Loslösungsbestrebungen der Slowaken finden in einem Artikel des „Slovak", des amtlichen Organs des slowakischen Nationalrates, ihren Ausdruck, in dem es u. a. heißt, daß die Slowaken jetzt und in aller Zukunft nichts von den Tschechen wissen wollen. In dem Artikel, der die Ueberschrift trägt „Der 28. Oktober, ein Trauertag für die Slowakei" und mit einem Trauerrand verziert ist, wird verlangt, für die Tschecho-Slowakei keinen Heller Steuer zu bezahlen und keinen Rekruten zu stellen. In einem zweiten Artikel, der von dem Präsidenten des Nationalrates ist, wird auf die Sinnfeinerbewegung hingewiesen, die man sich zum Vorbild nehmen müsse.

Eine Irenkundgebung in Berlin

✝ Berlin, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Am kommenden Sonntag findet in Berlin anläßlich des Todes des Bürgermeisters von Cork eine feierliche Kundgebung statt, die von den deutschfreundlichen Iren veranstaltet wird und auf der eine Reihe bekannter Führer der irischen Bewegung in Deutschland sprechen wird.

Die französische Willkürpolitik

Von unserm Mitarbeiter

Paris, 29. Oktober

In den zwischen den französischen Regierungsvertretern und der deutschen Stelle für Güter, Rechte und Interessen der Auslandsdeutschen geführten Unterhandlungen kam es zu einer sehr eingehenden Debatte über die Rückgabe der Geschäftsbücher deutscher Firmen, die vor dem Kriege in Frankreich tätig waren. Der französische Vertreter, Advokat Alphand, vertrat den bezeichnenden Standpunkt, daß „die deutschen Geschäftsbücher nicht zurückgegeben werden könnten, weil sie sehr wertvolles Material für den französischen Handel besitzen". Ohne auf die rein rechtliche Seite dieser Eigentumsfrage einzugehen, lehnte Alphand die Herausgabe der Geschäftsbücher ab. Die deutsche Botschaft wurde hierüber von der eingangs erwähnten Stelle in Kenntnis gesetzt. Doch scheint man in Berlin noch nicht für die Bekanntgabe dieser französischen Weigerung gesorgt zu haben. Jedenfalls beweist die Haltung der französischen Vertreter, daß man an maßgebender französischer Stelle nicht im entferntesten daran denkt, korrekte Handelsbeziehungen mit Deutschland wiederherzustellen.

Im Zusammenhange damit sei noch erwähnt, daß in den jüngsten Besprechungen der deutschen Entschädigungsstelle mit den französischen Vertretern die Rede auf die Verschleuderung deutschen Privateigentums in Frankreich kam. Die Franzosen gaben unumwunden zu, daß die den Deutschen gehörigen Möbel, durch Vermittlung der französischen Regierung, so billig wie möglich bei den Versteigerungen gekauft würden, um den Bewohnern der verwüsteten Gebiete zuzuweisen zu werden. Um Deutschen, die, laut Verlautbarung des französischen Staatsblattes, nach Paris kommen und mitbieten dürften, diese Gelegenheit, ihre Möbel wieder zu erstehen, unmöglich zu machen, setzt man die Versteigerungen willkürlich an und stellt die Deutschen vor eine vollzogene Tatsache.

•

Der englisch-französische Meinungsstreit

✝ Paris, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der englisch-französische Zwischenfall dürfte zu einem praktischen Ergebnis führen. Nach der Besetzung von Frankfurt a. M. sind die Ententemächte übereingekommen, daß die Regierung, welche gegen Deutschland irgendwelche Zwangsmaßnahmen anwenden will, nicht nur die verbündeten Regierungen von dieser Absicht in Kenntnis zu setzen hat, sondern auch deren Einverständnis einzuholen hat. Die englische Regierung hat auch durch amtliche Reuter-Meldungen und durch den Finanzminister Chamberlain erklären lassen, daß sie im vorliegenden Falle, der bekannten Verzichtleistung auf den Versailler Paragraphen, sich im Rechte befinde. Nach dem hier in Frage kommenden Paragraphen stehe es einer jeden Regierung frei, von einer solchen Zwangsmaßnahme Gebrauch zu machen oder nicht.

Diese Auslegung wird nun von der französischen Regierung abgelehnt. Die französische Auslegung lautet: Auch wenn Deutschland mit seiner Vertragsleistung im Verzug bleibt, kann jede Regierung nach ihrem Gutdünken von den Zwangsmaßnahmen Gebrauch machen oder nicht. Damit ist aber nicht gesagt, daß eine Regierung aus eigener Kraft formell auf Rechte verzichten kann, die nach dem Vertrag sämtlichen verbündeten Staaten in gleicher Weise zustehen. Die französische Regierung, die nach dem Zwischenfall von Frankfurt dem englischen Kabinett den Gefallen getan hat, die obenerwähnte Vereinbarung einzugehen, hat sich damit verpflichtet, in künftigen Fällen nicht auf eigne Faust vorzugehen.

Das praktische Ergebnis des Zwischenfalles dürfte also der Abschluß einer englisch-französischen Konvention sein, welche das künftige Verhältnis der beiden Regierungen gegenüber Deutschland und dem Versailler Vertrag durch gemeinsame Regeln festlegen will.

•

Eine Note des Generals Nollet

✝ Berlin, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) General Nollet hat im Auftrage der interalliierten Kontrollkommission an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, die sich gegen die sogenannten Selbstschutzorganisationen wendet. Diese Selbstschutzorganisationen hätten nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages aufgelöst werden müssen, da sie in Widerspruch mit seinen Bestimmungen stünden. Trotzdem bestünden aber noch solche Selbstschutzorganisationen. Soeben hätten sie sogar ihr Bestehen in Bayern öffentlich bekanntgemacht bei einem Wettschießen, ebenso auch in Bremen, wo sie trotz ausreichender Anwesenheit von Truppen Verwendung finden. Die Selbstschutzorganisationen seien nach den Verordnungen der deutschen Regierung zwar verpflichtet, die Waffen bis zum 1. Oktober abzugeben, aber sie brauchten dieselben erst zu einem später zu bestimmenden Zeitpunkt abzuliefern. Die Befugnis darüber liege in den Händen des Entwaffnungskommissars. Seine Vollmacht erlösche am 1. März. Ein solcher Aufschub sei auch mit den Bestimmungen des Protokolls von Spa nicht zu vereinbaren. Darum wurde die Auflösung der Selbstschutzorganisationen gefordert und deshalb richtet General Nollet im Auftrage der interalliierten Kontrollkommission die Frage an die deutsche Regierung, welche Maßnahmen getroffen sind, um die Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen zu beschleunigen und um die Auflösung und Unterdrückung solcher Organisationen sicherzustellen.

2¾ Milliarden

✝ Genf, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet, daß für den Monat Oktober von Deutschland für die Besatzungsarmee und die Unterhaltung der Ententekommissionen in Deutschland 2¾ Milliarden an die französische Staatskasse gezahlt sind. (Und das allein für Frankreich!)

•

Frankreichs Unversöhnlichkeit

✝ Genf, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Im „Journal des Débats" läßt Millerand erklären, daß er als Präsident niemals in eine Aufhebung der Frankreich im Versailler Vertrag gegebenen Garantien einwilligen würde. Eine gleiche Erklärung des Ministerpräsidenten wird in der am 7. kommenden Monats zusammentretenden Kammer abgegeben werden.

•

Danzig und Polen

✝ Genf, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Entscheidung des Obersten Rates über den Staatsvertrag zwischen dem Freistaat Danzig und Polen ist dahin ergangen, daß, falls beide Vertragsteile sich nicht einigen, der vorgeschlagene Entwurf Rechtskraft durch Entscheidung des Völkerbundes erhalten wird.

•

Englische Anträge im Obersten Rat

✝ Genf, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der „Matin" meldet, daß der alliierte Rat in kommender Woche zu einem Antrag Stellung nehmen wird, der von England eingegangen sei und die Ausführung verschiedener Friedensvertragsverpflichtungen betreffe. Unter andern behandle der englische Antrag die Herabsetzung der Wiedergutmachungsforderungen an Deutschland um 40 bis 50 Proz. und die oberschlesische Frage, deren baldige Verabschiedung England anstrebe.

Der Krieg im Osten

☐ London, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der Vormarsch der ukrainischen Armee dauert fort. Die Ukrainer haben Kasatin an der Bahnlinie Kiew-Odessa genommen und so die Verbindung zwischen der Roten Armee und Kiew abgeschnitten.

✝ Genf, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet: General Wrangel teilt aus Jekaterinoslaw den Uebertritt einer bolschewistischen Division in der Stärke von 17000 Mann mit. Die Kavallerie Wrangels streift 10 Werst nördlich von Jekaterinoslaw.

•

Aufruhr in Südrußland

✝ Paris, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die Gebiete von Odessa, Podolsk und Cherson befinden sich im hellen Aufruhr. Die Bolschewisten ziehen sich fluchtartig zurück und versuchen, eine neue Verteidigungsbasis bei Kiew zu finden. Odessa, mit dem keine Eisenbahn- und Telegraphenverbindung mehr besteht, soll von den Bolschewisten geräumt werden. Große Teile der bolschewistischen Truppen gehen zu den Aufrührern über.

•

Tschitscherin an Frankreich

△ Amsterdam, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Tschitscherin hat an den französischen Ministerpräsidenten Leygues einen Funkspruch gerichtet, in dem er ausführlich darauf hinweist, daß Osteuropa nicht zur Ruhe kommen könne, solange die Truppen des aufständischen Ukrainers Petljura ihre Angriffe fortsetzen. Sie würden mit Munition, Bekleidung und Lebensmitteln von Frankreich unterstützt. Frankreich habe Polen dazu getrieben, einen Krieg gegen Rußland zu unternehmen und scheine sich das Ziel gesetzt zu haben, die Leiden der Volksmassen in Osteuropa zu verlängern. Dagegen erhebe Sowjet-Rußland Protest und hoffe zuversichtlich, daß die großen Massen des französischen Volkes willens seien, dieser für die Menschheit verderblichen Politik ein Ende zu bereiten.

•

Die innere Lage in Rußland

✝ Zürich, 30. Oktober. Aus Sowjetrußland werden, der „Neuen Züricher Zeitung" zufolge, neuerdings wieder eine Reihe von Attentaten auf angesehene Kommunistenführer in verschiedenen russischen Städten gemeldet. So wurde in Cerdyn der Volkskommissar des Militärwesens auf dem Heimweg durch eine Bombe getötet. In Bjatka wurde während einer Sitzung des Ortssowjets von unbekannter Hand ebenfalls eine Bombe in den Sitzungssaal geschleudert, wodurch drei Mitglieder des Sowjets getötet und mehrere andre verwundet wurden. Im Departement Irkutsk wurde der Kommissar für Heerwesen der 30. Roter Division von unbekannten Tätern ermordet. In Zlatoust verschwanden zwei hervorragende Mitglieder der außerordentlichen Kommission unter geheimnisvollen Umständen. Ihre Leichen wurden in schrecklich verstümmeltem Zustande gefunden. Die Gegend von Perm ist der Herd einer umfassenden antibolschewistischen Bewegung. Die Aufständischen, die zum mit Waffen ausgerüstet sind, suchen die umliegenden Ortschaften ab, machen die Kommunistenführer nieder, fordern die Bevölkerung zur Empörung auf und gewinnen unter den Bauern täglich neue Anhänger. Die geringen bolschewistischen Kräfte sind der Bewegung gegenüber völlig machtlos.

Präsidentenwahl in Mexiko

✝ Berlin, 30. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Hier ist die Nachricht eingetroffen, daß die Präsidentschaftswahlen in Mexiko einen Sieg von Alvaro Obregon ergeben haben, der sein Amt am 1. Dezember antritt.

Simons über die Gesamtlage

Der Minister des Aeußern hat sich gestern über die Lage im Reichstag im ganzen nicht pessimistisch ausgesprochen. Seine Rede, so diplomatisch sie auch gegenüber Frankreich klingen mag, stützt sich sachlich doch offenbar auf bestimmte Aussichten, zu einem besseren Verhältnis mit diesem Gegner zu kommen.

Wenn der Minister dem Grafen Westarp erwiderte, daß es nicht einfach angehe, den Versailler Vertrag als erzwungen und daher ungültig zu behandeln, so hat er sich zweifellos als der stärkere Realpolitiker gezeigt. Denn wir haben ja nicht die Macht, den Vertrag aufzuheben. Das darf natürlich nicht heißen, daß wir uns nicht mit allen Mitteln dagegen wehren, daß nicht nur — um im Bilde des Außenministers zu bleiben — die Kuh nicht geschlachtet, sondern daß sie auch nicht von den Ententebedrückern bis zum Schwindsuchtstode ausgemolken wird.

Im einzelnen hat sich der Minister dann auch freundlich ablehnend verhalten gegen willkürliche Interpretationsversuche des Vertrags, wie z. B. in der Dieselmotorenfrage. Hier hat Simons ein erfreulich entschiedenes „Nein" dem Versuche einer barbarischen Wertvernichtung und Schädigung unsrer Industrie entgegengestellt. Hier darf es aber auch keine Nachgiebigkeit geben.

Im großen und ganzen kann man dem zustimmen, was Simons über die Art der von ihm angebahnten Beziehungen zu allen und neuen Staaten gesagt hat. Vom Völkerbund hat man indessen nach den praktischen Erfahrungen in Deutschland nicht die gute Meinung im Volke, an die Simons glaubt. Um so weniger, als zweifellos das Erste, was der neue Präsident in Amerika sagen wird, eine Absage an den Völkerbund sein wird. Der Gedanke ist gut, ist aber verdorben worden. Ein wirklicher Völkerbund kann nur auf dem auch von Simons nachdrücklich vertretenen Gedanken des Rechtes und wahrer Rechtsordnung aufwachsen.

Es wäre erfreulich, wenn Simons mit diesem Grundgedanken Gegenliebe fände im weiten Auslande.

•

Der Wortlaut der Rede

Die gestrigen Ausführungen und die außenpolitische Lage veranlassen mich, schon jetzt einige Vorgänge zu beleuchten. Mit dem Grafen Westarp besteht keine Meinungsverschiedenheit in der Reichsregierung, daß der Vorvertrag vom 5. November 1918 nicht gehalten ist und unser Schuldbekenntnis von uns nur widerwillig akzeptiert ist. Uneinig sind wir nur in der Taktik, die gegenüber dem Friedensvertrag einzuschlagen ist. Graf Westarp meint, der Vertrag sei erzwungen und existiere für uns nicht.

Für die deutsche Regierung ist dieser Standpunkt unmöglich

Sie hat den Vertrag unterschrieben, und zwar unter Zustimmung der überwiegenden Mehrheit der Nationalversammlung. Deshalb müssen wir die unterschriebene Verpflichtung als internationale Verbindlichkeit anerkennen und, soweit möglich, ausführen. In unserm Volke herrschte bis in die letzten Monate, bis nach Spa, vielfach die irrige Meinung, der Friedensvertrag sei nicht ernst zu nehmen und werde von unsern Gegnern nicht ernst genommen. Wenn wir meine Methode nicht annehmen, die ehrliche Ausführung des Friedensvertrages und die Unausführbarkeit mancher Bestimmungen nachzuweisen, dann bleibt nichts andres übrig als die Widersetzung mit Gewalt. Eine solche Taktik würde uns unweigerlich in einen neuen Krieg führen, während die Methode der Reichsregierung uns vielleicht einen neuen Frieden bringt. Es kommt dabei sehr stark auf die Taktik an, die unsre Gegner ihrerseits bei Ausführung des Friedensvertrages annehmen.

Es gibt in den Ländern unsrer Gegner zwei Hauptrichtungen, die man auf die Formel bringen kann: die eine will die Kuh melken, die andre schlachten

Wer die Kuh melken will und aus Deutschland Leistungen als Kriegsentschädigung herausholen will, muß sich über die einzelnen Leistungen mit dem deutschen Volk verständigen, denn nur aus einem willigen deutschen Volk wird man etwas für das Ausland herausbekommen. Wenn man freilich bis zum Tag jede Bestimmung des Vertrages durchführen will, bleibt nur der Zwang übrig. Der ehrliche Wille Deutschlands zur Wiedergutmachung darf nicht verneint werden, ist man so weit, dann erst kann man sich über die notwendigen Leistungen verständigen. Mit der Zahlung einer Kriegsentschädigung im alten Sinne ist es noch nicht getan. Solange die zerstörten Gebiete, zu deren Wiederherstellung wir uns verpflichtet haben, nicht wieder aufgerichtet sind, solange haben wir eine offene Wunde am Körper Europas, die immer wieder das Gefühl nach Rache erweckt und uns nicht den wahren Frieden bringt. Deshalb ist es auch unser Interesse, alles zu tun, um diese Wunde zu schließen. Wir haben auch ein materielles Interesse daran, diese Bedingungen zu erfüllen, denn wir können unsre Arbeiter beschäftigen und unsre Industrie mit Aufträgen versehen. Sonst bleibt stets der Anreiz zu kriegerischer Gesinnung bestehen. Leider fehlt es immer noch daran, den guten Willen Deutschlands anerkannt zu sehen. Unsre Vorschläge, die wir schon seit dem Frühherbst 1919 gemacht haben, sind immer wieder auf Ablehnung oder auf Mißverständnis auf der andern Seite gestoßen. (Hört, hört! rechts.) Das ist um so bedauerlicher, als gerade diejenigen Völker, die an sich geneigt wären, mit uns zu gehen, immer wieder durch tiefe Gräben von uns getrennt werden. Ich hoffe, daß wir über dieses Mißverständnis hinweg doch noch mit den Regierungen zu positivem Ergebnis kommen. Hierher gehört auch die

Forderung auf Ablieferung von 800 000 Milchkühen

Die Regierung hat diese Forderung keineswegs anerkannt. Außerdem kommt auch für diese Angelegenheit in Frage, was der Friedensvertrag be-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201031/1